

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

1/Jän.-Feb. 2014



Zukunft ist Herkunft

Gesamtschule bringt Chancengleichheit

ab Seite 4

www.gpa-djp.at

Inhalt

Thema

- 04 Zukunft ist Herkunft
- 10 Kommentar

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Belastende Öffnungszeiten
- 14 AK-Wahl
- 16 Mehr Anerkennung für wertvolle Arbeit

Arbeitswelt

- 17 Kurzmeldungen
- 18 Leben im digitalen Datenhaufen
- 20 Lebensstandard gesichert
- 22 Media Markt

Service

- 23 Kurzmeldungen
- 24 Ihr Recht
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher

4



© Nurih Wagner-Strauss

Zukunft ist Herkunft

12



© photoreo - Fotolia.com

Belastende Öffnungszeiten

20



© contrastwerkstatt - Fotolia.com

Lebensstandard gesichert

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer

Chefin vom Dienst: MMag.ª Andrea Rogy, kompetenz@gpa-djp.at Redaktion und Anzeigen: Mag.ª Lucia Bauer, Renate Schauer, renate.schauer@gpa-djp.at

Artdirection: Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH)

Layout: Peter-Paul Waltenberger

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörf, Bickfordstr. 21 Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudörf

Cover-Foto: Nurih Wagner-Strauss

DVR-Nr. 0046655

ZVR-Nr. 576439352

Offenlegung nach §25 Mediengesetz: www.gpa-djp.at/offenlegung

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Wir wollen echte Chancengleichheit

von Dwora Stein

Nicht nur die Vermögen, auch die Bildungschancen sind in Österreich ungleich verteilt. Der Beruf der Eltern, deren finanzielle Mittel, die ethnische Herkunft genauso wie der Wohnort der Familie entscheiden ganz maßgeblich darüber, welche Chancen unsere Kinder später einmal im Arbeitsleben bekommen. Die zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich verschärft diese Situation.

Die soziale Selektion beginnt bei der Auswahl des Kindergartens und spitzt sich im 10. Lebensjahr der Kinder zu, wenn die Entscheidung zwischen Gymnasium und Hauptschule/Neuer Mittelschule gefällt werden muss. Damit ist in den allermeisten Fällen auch gleich die Entscheidung über eine (bzw. keine) weiterführende Ausbildung mit getroffen. Denn nach der Hauptschule noch die Matura zu machen und zu studieren, ist mit vielen Hindernissen verbunden. Die Zukunft der Kinder hängt also häufig nicht von ihrer Begabung ab und schon gar nicht von ihrem eigenen Ausbildungswunsch, sondern vom Einkommen der Eltern. Die Folge ist, dass auf Österreichs Universitäten kaum Studierende aus Arbeitshaushalten anzutreffen sind, Tendenz sinkend.

In einer Gesellschaft, die es entgegen dauernder Beteuerungen jedoch nicht schafft, für echte Chancengleichheit zu sorgen, ist es wenig verwunderlich, dass junge Menschen sich in der Leistungsgesellschaft zunehmend auf sich allein gestellt fühlen. Sie handeln nach dem Motto „Hilf dir selbst, sonst hilft dir keiner“.

Neben einer umfassenden Reform des Bildungssystems liegt der Schlüssel zu mehr Chancengleichheit in der Umverteilung von gesellschaftlichen Ressourcen und Vermögen. Wir brauchen faire und existenzsichernde Einkommen in allen Branchen. Wir brauchen eine Steuerreform, die zusätzliche Mittel bei denjenigen locker macht, die bisher bei weitem nicht entsprechend ihren Möglichkeiten zum Gemeinwohl beitragen: den Vermögenden. Und dann könnten ererbte Privilegien und die Machtelite plötzlich in Frage gestellt werden. Dann können selbstbewusste, gut ausgebildete junge Menschen für sich dieselbe Durchlässigkeit wie im Bildungssystem auch im Berufsleben einfordern. Dann kann eine Bildungsreform nicht nur finanziert, sondern auch wirksam werden. ■



Zukunft



© Nurih Wagner-Strauss

ist Herkunft



© Nurih Wagner-Strauss

Die Bildung der Eltern beeinflusst den Bildungsweg der Kinder.

Das österreichische Bildungssystem verstärkt bestehende Ungleichheiten. Die Gesamtschule würde mehr Chancengleichheit bringen.

von Lucia Bauer

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht. Sie steht jedem Menschen in gleichem Maße zu – unabhängig von seiner sozialen und ethnischen Herkunft, von seinem Geburtsort, vom Einkommen seiner Eltern und unabhängig vom Geschlecht und von allen anderen äußeren Eigenschaften. Hinter der Idee von der Bildung als Menschenrecht, die auch in der österreichischen Verfassung verankert ist, steht der Gedanke der Chancengleichheit. Alle Kinder und Jugendlichen sollen die Möglichkeit haben, sich zu entfalten, sich ihren Fähigkeiten und ihren Interessen entsprechend zu entwickeln und einen Beruf zu wählen, der ihnen Freude macht und zu ihnen passt.

Vererbte Chancen

So weit die Theorie. Die Realität in Österreich sieht allerdings anders aus: Das österreichische Bildungssystem schafft nicht mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, sondern trägt aktiv zur Erhaltung vorhandener Ungleichheiten bei. Zukunft ist in Österreich stark von Herkunft abhängig, weil die Ressource Bildung selbst sehr ungleich verteilt ist. Von der frühesten Entscheidung für oder gegen eine Schule bis zur beruflichen Karriere wird jeder einzelne Schritt, den wir machen, zumindest teilweise von unserem sozialen Hintergrund bestimmt. Branko Milanovic, Ökonom bei der Weltbank, hat festgestellt, dass nur

zwei Faktoren zu 80 Prozent über die Höhe des Einkommens entscheiden – der Geburtsort der Eltern und deren Einkommen. Zukunftschancen werden den Kindern also weltweit in die Wiege gelegt und sind äußerst ungleich verteilt. Die zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich verschärft diese Situation und raubt immer mehr jungen Menschen ihre Zukunft.

Die soziale Selektion beginnt bei der Auswahl des Kindergartens und der Volksschule. Spätestens im 10. Lebensjahr des Kindes, wenn die Entscheidung zwischen Gymnasium und Hauptschule bzw. Neuer Mittelschule ansteht, fällt dann die erste unumkehrbare Richtungsentscheidung. Obwohl der Lehrplan in beiden Schulen derselbe ist, unterscheidet sich das Bildungsniveau der Jugendlichen nach dem Abschluss sehr. Damit ist in den allermeisten Fällen auch gleich die Entscheidung über eine weiterführende Ausbildung vorweggenommen. Die Wahrscheinlichkeit, als ehemalige Hauptschülerin später eine Universität zu besuchen, liegt bei 25 Prozent. Ein Absolvent/eine Absolventin eines Unterstufen-Gymnasiums wird mit 75-prozentiger Wahrscheinlichkeit AkademikerIn.

Soziale Selektion

Die selektive Wirkung des österreichischen Bildungssystems lässt sich auch statistisch nachweisen. Laut dem „Österreichischen Institut für Berufsbildungsforschung“ kommt fast die Hälfte der HauptschülerInnen aus Haushalten mit weniger als 1.500 Euro Einkommen, in der AHS-Unterstufe ist das nur ein Fünftel. Wenn die Eltern selbst studiert haben, gehen die Kinder zu 80 Prozent in eine AHS. Bei Eltern, die nur einen Pflichtschulabschluss haben, sind es nur zehn Prozent. 77 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund wechseln nach der Volksschule in eine Hauptschule, bei

österreichischen Kindern sind das nur 66 Prozent.

Fast ein Drittel der Jugendlichen der zweiten Generation besuchen nach Pflichtschulende keine weiterführende Ausbildung. Das sind doppelt so viele wie bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Die frühe Auslese bestimmt das weitere Leben der Kinder. Begabung und Interessen der Kinder spielen dagegen eine vergleichsweise kleine Rolle.

Gesellschaftliche Konsequenzen

Eine der wichtigsten Aufgaben von Politik wäre es, diese durch die Herkunft bedingte Aussichtslosigkeit so gut wie möglich auszugleichen. Das tut sie weltweit – und auch in Österreich – viel zu wenig. Und das liegt nicht daran, dass die Reformen nicht auf der Hand liegen würden. Länder wie Finnland oder Kanada zeigen vor, wie Schule auch

funktionieren kann. Die ungleiche (und auch ungerechte!) Verteilung von Bildungschancen in Österreich ist zudem gut belegt. Trotzdem wird diese Ungerechtigkeit immer wieder bestritten. Ungleiche Chancen werden gerechtfertigt, indem sie individualisiert werden. Die Forde-

Gute Bildung und Qualifizierung stellen zentrale Erfolgsfaktoren für unsere Gesellschaft dar.

rung nach mehr Chancengleichheit wird als Gleichmacherei bezeichnet. Natürlich würden unterschiedliche „Leistungen“ zu besseren oder schlechteren Chancen und unterschiedlichen Einkommen sowie Lebens- und Karrieremöglichkeiten führen, aber das sei auch gerecht. Vollkommen übersehen wird dabei jedoch, dass diese sogenannten „Leistungen“, die über Bildungserfolge und Bildungswege entscheiden, von den sozialen Faktoren nicht zu trennen sind.

In Anbetracht der unterschiedlichen Chancen ist es nicht wirklich überraschend, dass Jugendliche und junge Erwachsene mit höherer Bildung ihre eigene Zukunft deutlich rosiger sehen als junge Menschen mit niedrigerem Bildungsstand. Es ist ebenso wenig verwunderlich, dass in einer Gesellschaft, die es entgegen anderslautender Beteuerungen nicht schafft, für echte Chancengleichheit zu sorgen, junge Menschen kaum mehr an die gestaltende Kraft der Politik

glauben. Kein Wunder, dass Jugendliche aus benachteiligten Familien eher an einen Aufstieg über die Teilnahme an einer Casting-Show als an ein Universitätsstudium glauben.

Die Folgen sind Politikverdrossenheit und eine niedrige Wahlbeteiligung bei jungen WählerInnen – Entwicklungen, die letztlich der Gesamtgesellschaft schaden. Das Ziel einer gerechteren Verteilung von Chancen und Möglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen ist daher nicht

Bei kreativen Aktivitäten können sich Kinder entfalten und ihre individuellen Begabungen stärken – hier im ZOOM-Kindermuseum.



Selbstzweck, sondern dient zur Absicherung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Zukunft. Gute Bildung und Qualifizierung stellen zentrale Erfolgsfaktoren für unsere Gesellschaft dar. Dies sollte nicht nur von verschiedenen Seiten immer wieder betont werden, sondern sich letztlich auch realpolitisch im finanziellen Rahmen und in den Konzepten der Regierung widerspiegeln.

Was zu tun ist?

Die GPA-djp setzt sich dafür ein, dass das gesamte Bildungssystem durchlässiger gestaltet wird. Das muss beim Eintritt ins Bildungssystem beginnen, bei dem die öffentliche Hand ein quantitativ und qualitativ gut ausgebautes Angebot an Elementarbildung und Kinderbetreuungseinrichtungen bereitstellen muss. Bildungssackgassen wie die Hauptschule müssen endlich der Vergangenheit angehören. Dafür ist die flächendeckende Einführung einer gemeinsamen schulischen Grundausbildung in den ersten

neun Jahren für alle SchülerInnen mit individuellem Unterricht und Fördermaßnahmen bei gleichzeitiger Abschaffung der AHS-Unterstufe unumgänglich. Qualitativ hochwertige Ganztagschulen, wo Lernen, Freizeit und Üben in Form von Lernhilfe und Förderangeboten über den ganzen Tag verteilt stattfinden, müssen ausgebaut und die Infrastruktur in den Schulen verbessert werden. Insbesondere im Pflichtschulbereich muss die Schulsozialarbeit sowie der schulpsychologische Dienst ausgebaut werden.

Mehr individuelle Förderung

Pädagogisch fragwürdige Klassenwiederholungen, die Staat und Familien Kosten in der Höhe von mehreren 100 Millionen Euro jährlich verursachen, müssen abgeschafft werden. Stattdessen sind individuelle Förderkonzepte im Unterricht allgemein auszubauen. Eine wichtige Voraussetzung für qualitativollen, individualisierten Unterricht ist auch die Senkung der

KlassenschülerInnenhöchstzahl auf maximal 15 SchülerInnen pro Klasse.

Besonders schlechte Voraussetzungen im derzeitigen österreichischen Schulsystem finden Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache vor. Hier bedarf es besonderer Anstrengungen, da diese Bevölkerungsgruppe mehreren sozialen Risikofaktoren (sprachliche und soziale Defizite, Diskriminierung etc.) ausgesetzt ist. Als wesentliche Maßnahmen sind der Einsatz von IntegrationslehrerInnen und die gezielte Rekrutierung von PädagogInnen mit Migrationshintergrund zu forcieren.

Pädagogische Leitlinie des Schulsystems sollte es sein, alle Kinder bei der Entfaltung ihrer individuellen Potenziale bestmöglich zu unterstützen, anstatt durch Defizitorientierung die Perspektiven von Kindern zunehmend einzuschränken. Neben politischer Bildung sollte der Unterricht auch grundlegende Informationen über das österreichische Sozial- und Arbeitsrecht enthalten. ■

In Ganztagschulen haben Kinder neben dem Lernen und Üben auch Zeit für kreatives Gestalten.



Bildung und soziale Gerechtigkeit

Eine Situationsanalyse zur aktuellen (Weiter-)Bildungsdiskussion.

von Manfred Krenn

Mir fällt auf, dass in der ganzen Bildungsdiskussion völlig ausgeblendet bleibt, dass Bildung für unterschiedliche soziale Gruppen in unserer Gesellschaft Unterschiedliches bedeutet und in gesellschaftliche Machtverhältnisse eingebettet ist. Bei dem, was gemeinhin als Bildung gilt, handelt es sich um ein kognitiv verengtes Verständnis, das den Lebensrealitäten und Bedürfnissen der oberen und mittleren sozialen Milieus entspricht, denen es gelungen ist, ihr Verständnis als das allgemein Gültige durchzusetzen.

Vor diesem Hintergrund werden jetzt, wo Bildung ohnehin zum Problemlöser für alle möglichen gesellschaftlichen Probleme schlechthin stilisiert wird, Menschen, die nicht der vorherrschenden gesellschaftlichen Norm des „lebenslangen Lernens“ entsprechen können oder wollen, weil sie den dazu notwendigen verengten kognitiven Lerncode nicht ausreichend beherrschen, pauschal als „bildungsfern“ stigmatisiert. Dabei halten sie sich nur von einer bestimmten Form von Bildung, die nicht ihren Bedürfnissen und Lebensrealitäten entspricht, fern.

Soziale Polarisierung

Gleichzeitig wird ihnen aber darüber gewissermaßen die Schuld an ihrem gesellschaftlichen Versagen gleich selbst zugeschrieben. Meiner Meinung nach ist die aktuelle Diskussion zu „lebenslangem Lernen“ höchst

problematisch, weil sie de facto zu sozialer Polarisierung und Ausgrenzung beiträgt und die Vertiefung sozialer Ungleichheiten legitimiert.

Etwa in der Diskussion über die steigende Arbeitslosigkeit darauf zu verweisen, dass gering Qualifizierte das höchste Arbeitslosigkeitsrisiko aufweisen, wird auch durch oftmaliges Wiederholen nicht sinnvoller. Selbst wenn es gelänge, alle höher zu qualifizieren, würde dadurch nicht Vollbeschäftigung eintreten, sondern sich nur die Konkurrenz am Arbeitsmarkt verschärfen. Es ist höchst ärgerlich, dass solche vordergründigen Vereinfachungen den öffentlichen Diskurs nahezu vollständig dominieren und lebenslanges, womöglich noch selbstgesteuertes Lernen als Allheilmittel propagiert wird.

Dadurch wird die Bedeutung von Bildung pervertiert: von einem Hoffnungsträger für Emanzipation und soziale Gerechtigkeit zu einem der zentralen Vehikel für die Anpassung an die zunehmende Vermarktlichung der Gesellschaft und die Legitimation für soziale Ausgrenzung.

Wenn man die bereits durch das sozial selektive Schulsystem tatsächlich nachhaltig Bildungsbenachteiligten in organisierte Bildungsprozesse einbeziehen will, dann reicht es nicht, den Zugang etwa zu Weiterbildungskursen zu öffnen bzw. sie im Rahmen aktivierender Arbeitsmarktpolitik gewissermaßen hineinzuzwingen.

Lernförderliche Arbeit

Wichtig wäre die einseitige Betonung von abstraktem reflexiv-kognitivem Lernen aufzubrechen, und Lernprozesse stärker an die Lebensrealitäten von unteren sozialen Milieus anzupassen, sie etwa stärker in praktisches Tun einzubetten. Ein Ansatz wäre die lernförderliche Gestaltung der Arbeit, die gering Qualifizierte ausführen. Insgesamt werden ihre Chancen auf soziale Teilhabe nicht so sehr durch (Weiter-)Bildung erhöht, sondern eher durch eine offensive öffentliche Beschäftigungspolitik, Arbeitszeitverkürzung sowie die Sicherung sozialintegrativer Qualität von Arbeit im Niedriglohnbereich. ■

Manfred Krenn



Foto: FORBA

Der Soziologe Manfred Krenn arbeitet bei der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt FORBA in Wien. Derzeit absolviert er einen Forschungsaufenthalt an der Universität Jena.

Kommentar



© Nürith Wagner-Strauss

Kompromiss ohne große Reformen

Die Neuauflage der Koalition will schrittweise einige langjährige gewerkschaftliche Forderungen umsetzen.

von Wolfgang Katzian

S PÖ und ÖVP haben nach längeren Verhandlungen wieder zu einer Regierungskoalition zusammengefunden und sich entschieden, die gemeinsame Arbeit der vergangenen Jahre fortzusetzen. Sie haben sich auf einen Kompromiss geeinigt, der keine großen Reformen enthält. Vielmehr hat sich die Regierung für die kommenden Jahre eine Vielzahl kleiner, teilweise aber sehr wichtiger Schritte vorgenommen.

Natürlich löst ein solches Programm in der Gewerkschaftswelt wenig Euphorie aus, denn es enthält weder eine Vermögenssteuer noch eine Bildungsreform oder eine umfassende Reform des Pflegesystems. Was wir dabei jedoch nicht übersehen sollten ist, dass viele der geplanten Schritte, die sich die neue Regierung vorgenommen hat, wichtig sind und zudem die Umsetzung langjähriger gewerkschaftlicher Forderungen darstellen:

Das Urlaubsrecht soll reformiert und die 6. Urlaubswoche für alle leichter erreichbar werden.

All-in-Verträge sollen transparenter und ein Bonus-Malus-System eingeführt werden.

Die sogenannte Pensionssicherungskommission wird endlich reformiert und soll in Zukunft auch die Beamtenpensionen in ihr Monitoring einbeziehen und dadurch zu realistischeren Zukunftsprognosen über das Pensionssystem kommen. Der Pflegefonds wird bis 2018 finanziell abgesichert.

Ein zweites kostenloses Kindergartenjahr soll eingeführt werden.

Auch bei den Unternehmenssteuern gab es eine Reihe von Verschär-

Die Erhöhung des Frauenpensionsalters und Verschärfungen bei der Altersteilzeit wurden erfolgreich verhindert.

fungen, so etwa bei der Gruppenbesteuerung und beim Gewinnfreibetrag. Dieser soll nur noch für reale Investitionen geltend gemacht werden können. Erfolgreich verhindert wurden eine vorzeitige Erhöhung des Frauenpensionsalters und Verschärfungen bei der Altersteilzeit. Und auch die von den Arbeitgebern im Vorfeld geforderten Einschnitte beim Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe wird es nicht geben.

Ohne Frage enthält das Regierungsprogramm auch eine Reihe

von Vorhaben, die wir sehr kritisch sehen, und deren konkrete Umsetzung wir daher genau im Auge behalten müssen, etwa bei der Arbeitszeit. Ein Koalitionsübereinkommen ist aber letztlich immer ein Kompromiss und auch als solcher zu beurteilen. Fakt ist, dass die Vorhaben des Regierungsprogramms erst in Gesetze gegossen und im Nationalrat umgesetzt werden müssen. Das verschafft uns den Spielraum, im Rahmen von Begutachtungen, Sozialpartnergesprächen und auch im parlamentarischen Prozess noch wichtige Verbesserungen anzusprechen.

Mein Resümee zu Regierungsprogramm und Regierung lautet daher: Ein Kompromiss, mit dem wir für den Moment ganz gut leben können. Allerdings möchten wir der neuen, alten Bundesregierung mit auf den Weg geben, dass unsere Forderungen nach großen Reformen – etwa bei den Steuern, bei der Pflege, bei der Bildung oder beim Arbeitsrecht mit wichtigen ersten Schritten nicht abgedeckt sind, und wir uns daher in den kommenden fünf Jahren so wie bisher, deutlich zu Wort melden werden, wenn es um Arbeit, soziale Sicherheit und Verteilungsgerechtigkeit geht. ■



© Marco2811 - Fotolia.com

Kündigungsentschädigungen nicht angreifen

*AK-Präsident Kaske gegen geplante
Schlechterstellung von ArbeitnehmerInnen.*

„Wer mit dem Arbeitgeber um sein Geld streiten und gleichzeitig eine neue Arbeit suchen muss, ist wirtschaftlich unter Druck. Eine zusätzliche finanzielle Belastung kommt nicht in Frage“, sagt AK-Präsident Rudi Kaske bezüglich der geplanten Änderung des Einkommensteuergesetzes. Demnach sollen steuerliche Begünstigungen für Vergleiche, Kündigungsentschädigungen und Zahlungen für den Verzicht auf Arbeitsleistungen für künftige Lohnzahlungszeiträume fallen. „Das hat mit der Vermeidung von Golden Handshakes nichts zu tun“, so Kaske.

Ein Verfahren vor dem Arbeits- und Sozialgericht ist mühevoll, psychisch belastend und in der Regel von längerer Dauer. Bis dato waren derart erstrittene Zahlungen bis zu



© Lisi Specht

einem Betrag von 7.500 Euro mit einem fixen Steuersatz von sechs Prozent zu versteuern. Laut dem aktuellen Gesetzesentwurf sollen derartige Zahlungen künftig dem Steuertarif voll unterstellt werden. „Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Schlechterstellung der ArbeitnehmerInnen“, betont Kaske.

Gehaltsplus für Sozialberufe

Die Beschäftigten der Sozial- und Gesundheitsunternehmen erhalten ab 1. Februar eine Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlohnung um 2,5 Prozent. Gehälter mit Überzahlung steigen um 2,4 Prozent. Ab 1. Februar 2015 wird es dann eine weitere Erhöhung um den Verbraucherpreisindex sowie plus 0,35 Prozent geben. Es geht dabei um die Löhne von rund 90.000 Beschäftigten.

EU-Wettbewerbspakt gestoppt

Trotz intensiver Bemühungen der deutschen Kanzlerin Angela Merkel gab es beim EU-Gipfel im Jänner keine Einigung in Sachen EU-Wettbewerbspakt. Seit Jahren ist ein machtvolleres, neoliberales „Reform-Bündnis“ aus EU-Kommission und EU-Staatschefs unter Führung Merkels energisch darum bemüht, die Sparpolitik und „Strukturenreformen“, die in Südeuropa durch die Troika bereits in Stellung gebracht wurden, auf ganz Europa auszuweiten.

Seitens der Gewerkschaften wurden die geplanten Wettbewerbspakte stets vehement kritisiert, in denen sich die Mitgliedsstaaten gegenüber der EU-Kommission zur Deregulierung ihrer Arbeitsmärkte, zur Reform ihrer Pensionssysteme und zur Senkung der Löhne verpflichten sollen. Um aus der Krise zu kommen, braucht es aus Sicht der Gewerkschaften vielmehr einen politischen Kurswechsel, weg von budgetpolitischen Zwangsjacken und Verpflichtungen zu Sozialabbau und Lohnsenkungen, hin zu einem Kampf gegen Arbeitslosigkeit und zu wachstums- und beschäftigungswirksamen Investitionen.

Wolfgang Greif, Leiter der Europa-Abteilung in der GPA-djp, sieht die EU-Wahlen am 25. Mai als Chance, für andere Mehrheiten in den Spitzen der EU zu sorgen.

Beschwerliche Arbeit in Einkaufszentren

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Handelsangestellte in Einkaufszentren ist einer der Schwerpunkte der GPA-djp-Arbeit im Jahr 2014. Eine Befragung zeigt großen Handlungsbedarf.

von Litsa Kalaitzis

Insgesamt arbeiten rund 75.000 Angestellte in über 8.000 Geschäften in 218 Einkaufszentren (EKZ) in Österreich. Im Gegensatz zum klassischen Einzelhandelsbetrieb mit einem Arbeitgeber ist es im EKZ der Betreiber, der die Geschäftslokale vermietet und mit der Entscheidung über Öffnungszeiten, Sicherheitsdienst, Beleuchtung, Belüftung sowie der Qualität der Sanitäranlagen die Rahmenbedingungen vorgibt. Ein Bindeglied zwischen ArbeitnehmerInnen und Centerleitung fehlt, weil es nicht möglich ist, einen Betriebsrat für alle zu wählen. Die Shop-Eigentümer verweisen die Beschäftigten bei Problemen oftmals an die Center-Betriebsgesellschaft.

Die SCS hat zu wenig Sanitäranlagen für die Angestellten.



© FOLITIN Jindřich / picturedesk.com

Lange Öffnungszeiten belasten

Weil es immer wieder Klagen über die Auswirkungen der Rahmenbedingungen gibt, hat die GPA-djp erstmals eine österreichweite Umfrage durchgeführt, an der sich rund 2.000 Beschäftigte in 70 EKZs beteiligt haben – Fazit: „Auch wenn sich teilweise regionale Unterschiede ergeben, haben sich einige Hauptkritikpunkte als große Belastungen herausgestellt“, wie die zuständige Wirtschaftsereichssekretärin Anita Palkovich bei der Präsentation der Ergebnisse zusammenfasste:

Die Beschäftigten leiden vor allem unter den langen Öffnungszeiten, die von 16 Prozent der Befragten als „sehr belastend“ und von einem weiteren Drittel als „gerade noch vertretbar“ bezeichnet werden. Nur 13,5 Prozent empfinden sie als „gut geregelt“. „Auch die Beschäftigten in Einkaufszentren haben das Recht auf einen gewissen Arbeitszeitwohlstand“, befindet Palkovich.

„Wir wehren uns nicht grundsätzlich gegen lange Einkaufstage, wie sie ohnehin in fast allen größeren Centern zumindest einmal in der Woche stattfinden. Diese langen Öffnungszeiten dürfen aber nicht



zu auseinandergerissenen Arbeitszeiten oder zu Unzufriedenheit über die Qualität der Arbeitszeitgestaltung aus anderen Gründen führen“, kommentiert Franz Georg Brantner, Vorsitzender des Wirtschaftsbereichs Handel in der GPA-djp.

Schlechte Erreichbarkeit

Ein Problem für viele Beschäftigte stellen auch die Erreichbarkeit der EKZs beziehungsweise die Parkmöglichkeiten dar: Insgesamt geben fast 40 Prozent der Befragten an, mit dem eigenen Pkw zur Arbeit fahren zu müssen, fast 20 Prozent der Befragten müssen für das Parken bezahlen.

Vor allem bei den größten EKZs Österreichs stellt auch die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes mit öffentlichen Verkehrsmitteln eine schwer zu bewältigende Herausforderung dar: Beispielsweise geben 68



Der ständige Trubel im Shopping Center nervt – es gibt zu wenige Ruheräume.

Prozent der Befragten aus der SCS Vösendorf an, dass das EKZ öffentlich schlecht erreichbar ist.

Das G3 in Gerasdorf bei Wien ist eigentlich für alle Befragten schwer zu erreichen, im Mc Arthur Glen Designer Outlet in Parndorf gilt das für fast 85 Prozent. „Das liegt teilweise daran, dass öffentliche Shuttlebusse für KundInnen ihre Fahrt an die Öffnungszeiten anpassen, während Beschäftigte aber wegen der Vor- und Nachbereitungsarbeiten diesen Service länger brauchen würden“, erklärt Palkovich.

Problem Sanitäranlagen

Ein weiteres Thema sind Sanitäranlagen. Auch wenn jeweils rund 80 Prozent der Befragten angeben, dass es ausreichend sanitäre Einrichtungen gibt, die auch leicht erreichbar

sind, scheren zwei prominente EKZs aus diesem Trend aus:

In der SCS in Vösendorf gibt mit 48 Prozent fast jede/r zweite Befragte an, dass es nicht genügend sanitäre Einrichtungen gibt und diese

Lange Öffnungszeiten in Einkaufszentren dürfen die Arbeitszeiten nicht völlig auseinanderreißen.

nur zeitaufwendig erreichbar sind. In der Lugner City kritisieren das jeweils 35 Prozent. In persönlichen Anmerkungen zu diesem Thema werden die vorhandenen Einrichtungen vielfach als „furchtbar, sanierungsbedürftig und katastrophal“ beschrieben.

Ein weiteres Problem für Handelsangestellte in EKZs stellt mancherorts

neben dem Zustand des Aufenthaltsraumes auch gleich dessen Fehlen dar: Im Dez Einkaufszentrum in Innsbruck geben etwa 40 Prozent der Beschäftigten an, gar keinen Aufenthaltsraum zu haben, in der SCS Vösendorf sind das 32 Prozent und im Citypark in Graz 19 Prozent der Beschäftigten. „Das bedeutet für Angestellte, dass sie in den Pausen von ihrem ohnehin oft stressigen Job keine andere Möglichkeit haben, als diese in einem Cafe vor Ort zu verbringen, wo es meistens alles andere als ruhig zugeht“, kritisiert GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian.

Aufforderung zum Dialog

Die Ausstattung der Aufenthaltsräume und Sanitäreinrichtungen könne teilweise mit vergleichsweise geringem Aufwand verbessert werden. Die GPA-djp will zwecks Verbesserung aller genannten Kritikpunkte in den Dialog mit den Centerleitungen treten: „Die Betreiber können sich nicht aus ihrer Verantwortung stellen. Die Centerbetreiber und Geschäftsinhaber müssen mit den jeweiligen BetriebsrätInnen und mit uns die Arbeits- und Rahmenbedingungen gesetzeskonform und arbeitnehmerInnenfreundlich gestalten“, fordert Katzian die Betreiber zum Dialog mit der GPA-djp auf.

„Dazu gehört auch, dass die Centerbetreiber – entsprechend der österreichischen Rechtslage – respektieren, dass BetriebsrätInnen von Beschäftigten in einzelnen Geschäften, ehrenamtliche GPA-djp-VertreterInnen und hauptamtliche Beschäftigte der GPA-djp die Einkaufszentren betreten dürfen, um in Kontakt mit den Beschäftigten zu treten“, ergänzt Karl Proyer, stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp: „Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Einkaufszentren bleiben ganz oben auf unserer Agenda!“ ■



© AK

Es geht um mehr Gerechtigkeit

2014 finden in allen Bundesländern Arbeiterkammerwahlen statt. Dabei können die ArbeitnehmerInnen mitbestimmen, welche politische Kraft künftig ihre Interessen im Parlament der ArbeitnehmerInnen vertritt.

von Susannika Glözl

Eine starke Vertretung für die ArbeitnehmerInnen wird immer wichtiger. Das zeigt sich auch daran, dass immer mehr Menschen in der AK Rat und Hilfe suchen. Jedes Jahr führt die AK mehr als zwei Millionen Beratungen durch und holt für ihre Mitglieder 200 Millionen Euro vor Gericht zurück. Zusätzlich zur konkreten Hilfe und Beratung setzt sich die AK gemeinsam mit den Gewerkschaften auch für die Rechte und Interessen der ArbeitnehmerInnen ein.

Blick nach vorne

Wie die Arbeit der AK aussieht, bestimmen ihre Mitglieder: Bei der AK-Wahl 2014 entscheiden die ArbeitnehmerInnen, was die AK tut und wer ihre Interessen vertritt. Eine gute Wahlbeteiligung ist ein

wichtiges Zeichen an die Politik und an die Wirtschaft. Wer wählen geht, stärkt dadurch also auch die eigenen Interessen. Denn: Eine starke AK und starke Gewerkschaften machen es möglich, dass sich die ArbeitnehmerInnen in der Politik und in den Betrieben durchsetzen können. 2014 lautet das Motto also „hingehen und mitbestimmen“. Jede Stimme gibt der Gerechtigkeit mehr Gewicht.

„Mehr Mut“

Arbeiterkammer-Präsident Rudi Kaske hat sich für die kommenden Jahre viel vorgenommen. Er fordert von der Politik Mut, die wichtigen Themen auch anzugehen. Er betont, dass Österreich keinen radikalen Kurswechsel brauche. Vieles laufe gut und gehe in die richtige Richtung. Zum Beispiel werde die Kinderbetreuung jetzt ausgebaut

und es soll mehr Ganztagschulen geben. Aber es gebe noch viel zu tun im Sinne von mehr Gerechtigkeit. Die drängendsten Themen in den Augen der Arbeiterkammer: mehr gute und sichere Arbeitsplätze, leistbares Wohnen und eine steuerliche Entlastung der ArbeitnehmerInnen.

Arbeit steuerlich entlasten

Rasch und spürbar müsse eine steuerliche Entlastung der ArbeitnehmerInnen umgesetzt werden. Den ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern soll bald wieder mehr Geld im Borsel bleiben. Natürlich muss eine Steuerstrukturreform auch finanziert werden, und in den Augen der AK gibt es genug Spielräume, diese Reform auch zu finanzieren, etwa durch mehr vermögensbezogene Steuern.

Jobs für Ältere

Das Ziel der Regierung, das Pensionsantrittsalter bis 2018 auf 60,1 Jahre anzuheben, ist für die AK sehr ambitioniert. Wer will, dass die Menschen länger arbeiten, müsse das auch möglich machen, Unternehmen müssen ihrer Verantwortung nachkommen, altersgerechte Arbeitsplätze schaffen und die betriebliche Gesundheitsförderung ausbauen. Es gibt Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten, die überhaupt keine Älteren beschäftigen. Das ist inakzeptabel und gehört abgestellt. Als großen Erfolg sieht die AK daher die Einführung von Beschäftigungsquoten für ältere ArbeitnehmerInnen im Rahmen eines Bonus-Malus-Systems.

Wohnen muss billiger werden

Damit Wohnen leistbar bleibt, braucht es einen konkreten Plan. Gerade im privaten Mietwohnungsbereich stellen die hohen Mieten ein großes Problem dar. Die Mieten sind in den vergangenen Jahren explodiert. Für viele ist das mittlerweile eine dramatische Situation. Daher drängt die AK darauf, ein Wohnpaket rasch und zügig umzusetzen. Die AK verlangt eine klare Mietobergrenze, die Eindämmung der Befristungen und die Senkung der Betriebskosten. Außerdem soll die Maklerprovision nur der Vermieter zahlen. Damit es künftig mehr leistbaren Wohnraum gibt, soll die Wohnbauförderung zweckgewidmet werden, auch die Rückflüsse aus vergangenen und künftigen Darlehen. Damit soll wieder mehr in sozialen Wohnbau investiert werden. Denn: Österreich braucht in den nächsten Jahren 50.000 neue Wohnungen pro Jahr.

Eine hohe Wahlbeteiligung bei der AK-Wahl stärkt die Position der ArbeitnehmerInnen und ist ein wichtiger Beitrag für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft. ■

AK-Wahl 2014

Das ist der Fahrplan:

Wer darf wählen?

Automatisch wahlberechtigt sind alle umlagepflichtigen Angestellten, ArbeiterInnen und freie DienstnehmerInnen, die am Stichtag in Beschäftigung waren – unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Geringfügig Beschäftigte, Karenzierte, Lehrlinge, Präsenz- und Zivildienstler sowie Arbeitslose sind wahlberechtigt, wenn sie sich rechtzeitig **in die Wählerliste** eintragen haben lassen. Die Formulare kommen per Post.

Wer wird gewählt?

Die ArbeitnehmerInnen wählen die Vollversammlung der AK in ihrem Bundesland. Die gewählten KammerrätInnen wählen dann den Präsidenten/die Präsidentin der jeweiligen Länderkammer. Das Ergebnis der AK-Wahl bestimmt auch die Zusammensetzung der Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer, die wiederum den Präsidenten/die Präsidentin der Bundesarbeitskammer wählt.

Wie wird gewählt?

Mehr als die Hälfte der ArbeitnehmerInnen wählt direkt im Betrieb. BetriebsrätInnen spielen bei der AK-Wahl eine wichtige Rolle: Sie organisieren gemeinsam mit dem AK-Wahlbüro die Wahl im Betrieb für ihre KollegInnen. Wer schon vorher weiß, dass er im Wahlzeitraum nicht im Betrieb ist, kann eine Wahlkarte beantragen.

Wahlberechtigte, die nicht in ihrem Betrieb wählen können, weil kein Wahllokal eingerichtet ist, bekommen automatisch eine Wahlkarte zugesandt.

Alle Infos zur AK-Wahl unter www.arbeiterkammer.at/wahl

AK-Wahl Termine

Bundesland	Wahltermine
Vorarlberg	27.1.–6.2.2014
Salzburg	27.1.–7.2.2014
Tirol	27.1.–7.2.2014
Kärnten	3.3.–12.3.2014
Wien	11.3.–24.3.2014
Oberösterreich	18.3.–31.3.2014
Steiermark	27.3.–9.4.2014
Burgenland	31.3.–9.4.2014
Niederösterreich	6.5.–19.5.2014



© Benno Grieshaber / picturedesk.com

Mehr Anerkennung für wertvolle Arbeit

Eine MitarbeiterInnenbefragung im Behindertenbereich zeigt hohe Belastungen und niedrige Gehälter.

von Andrea Rogy

Menschen, die im Gesundheits- und Sozialbereich arbeiten, leisten wertvolle Arbeit für die betreuten KlientInnen und die gesamte Gesellschaft. Doch sie arbeiten unter besonders schweren Bedingungen. Die GPA-djp hat 2012 gemeinsam mit der Arbeiterkammer eine Studie durchführen lassen, um die Arbeitssituation der MitarbeiterInnen in den privaten Trägerorganisationen im Wiener Behindertenbereich zu erheben.

Tolle Leistung – wenig Geld

Die von der Forschungsstelle Arbeitswelt (FORBA) durchgeführte Studie „Being well – doing well“ sollte spezifische Belastungen der professionellen Fachkräfte herausarbeiten und Ansatzpunkte für Verbesserungen, aber auch für eine Arbeitsplatzevaluierung betreffend psychischer Belastungen liefern. „Die Ergebnisse der Befragung bestätigen unseren Befund, dass in diesem

Bereich sehr harte und belastende Arbeit geleistet wird, die nach wie vor nicht die entsprechende Honorierung findet“, so GPA-djp-Wirtschaftsbereichssekretärin Eva Scherz.

Die Befragung zeigt ein Medianeinkommen von 1.430 Euro netto monatlich (für Voll- und Teilzeit), obwohl das Ausbildungsniveau in diesem Bereich sehr hoch ist. Damit sind für viele MitarbeiterInnen bestimmte Ausgaben, wie Unterhaltsleistungen oder Weiterbildung, auf Basis des eigenen Einkommens ganz einfach nicht leistbar.

Anforderungen und Belastungen

Die Anforderungen und Belastungen, mit denen sich die Beschäftigten konfrontiert sehen, sind im Behindertenbetreuungsbereich sehr vielschichtig. Die direkte Arbeit mit den KlientInnen stellt eine besondere hohe Belastungsquelle

dar. Die MitarbeiterInnen müssen ständig aufmerksam sein, Motivationsarbeit leisten und sich sehr oft mit fordernden KlientInnen auseinandersetzen.

Neben einer entsprechenden Honorierung geht es für die MitarbeiterInnen auch ganz wesentlich um die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen. So gibt es nicht immer genügend Raum für Erholungspausen, Supervision und das Ausbezahlen geleisteter Mehrarbeit sind keine Selbstverständlichkeit. Trotz hoher physischer und psychischer Belastung sind BehindertenbetreuerInnen treue ArbeitnehmerInnen und wechseln nur selten die Arbeitsstelle.

In punkto Einkommen wurde nun eine Verbesserung erreicht: Der neue Kollektivvertrag für MitarbeiterInnen der Gesundheits- und Sozialberufe bringt mit 1. Februar eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 2,5 Prozent. ■



Neue Broschüre zur Bildungskarenz

Bildungsteilzeit und Fachkräftestipendium als neue Entwicklungsmöglichkeiten.

Die Bildungskarenz erfreut sich immer größerer Beliebtheit. ArbeitnehmerInnen bekommen die Möglichkeit, einige Zeit aus dem Arbeitsalltag auszusteigen und sich weiterzuentwickeln, indem sie eine Ausbildung beginnen oder abschließen. 2012 nutzten knapp 20.000 Personen diese Möglichkeit zur Weiterbildung.

Im Juli 2013 wurde die Bildungskarenz um zwei weitere Maßnahmen ergänzt: Zum einen wurde die Möglichkeit zu einer Bildungsteilzeit geschaffen. Diese ermöglicht es, statt sich kenzieren zu lassen, die Arbeitszeit zu reduzieren und eine

Ausbildung zu absolvieren. Dafür gibt es ein Bildungsteilzeitgeld. Zum anderen wurde ein Fachkräftestipendium eingeführt. Dieses richtet sich an gering qualifizierte Personen, die eine Fachausbildung durchführen, die nicht berufsbeigleitend absolviert werden kann.

Die Broschüre gibt einen Überblick über die Anspruchsvoraussetzungen sowie die Dauer und Höhe der verschiedenen Leistungen.

Die Broschüre kann bestellt werden unter: service@gpa-djp.at



Kollektivvertrag für Kur- und Rehabetriebe

Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen haben sich erstmals auf einen Kollektivvertrag für die privatwirtschaftlich betriebenen Kur- und Rehabetriebe in ganz Österreich geeinigt. Nach fünfjährigen Verhandlungen sind damit künftig auch die Gehälter von rund 15.000 Beschäftigten in 110 Betrieben in 75 Kurorten einheitlich geregelt. Die größte Gruppe sind die medizinischen Masseur, die künftig mit 1.478,87 Euro monatlich einsteigen. Bisherige Überzahlungen bleiben bestehen, alle zwei Jahre ist ein Gehaltssprung vorgesehen (Biennien). Der KV gilt bis 30.9.2014.

EU-Datenschutz verbessern



„Das Grundrecht auf Datenschutz muss effektiver umgesetzt werden“, fordert GPA-djp-Bundesgeschäftsführerin Dwora Stein. Beinahe täglich werden neue Facetten der Datensammelwut von Online-Konzernen bis hin zu Geheimdiensten aufgedeckt. Eine EU-Datenschutz-Grundverordnung ist für Stein längst überfällig.

„Die jüngsten Entwicklungen zeigen, wie essenziell wirksamer Schutz von persönlichen Daten und Privatsphäre ist, der nur transnational umgesetzt werden kann. Hier geht es um fundamentale Grundrechte, die für uns als Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen immer im Zentrum stehen“, präzisiert Stein.

Nachdem die EU-Kommission 2012 einen ersten Entwurf vorgelegt hat, und das EU-Parlament im Oktober 2013 Änderungen abgestimmt hat, ringen derzeit Europas JustizministerInnen um Kompromisse rund um eine Datenschutz-Grundverordnung. Für die GPA-djp sind einige Vorschläge des Kommissions-Entwurfes unabdingbar: etwa die ausdrückliche Zustimmung der KonsumentInnen zur Nutzung ihrer Daten.

Siehe Interview Seite 18/19

Die deutsche Datenschutzexpertin Herta Däubler-Gmelin rät zu einem sehr bewussten und vorsichtigen Umgang mit digitalen Medien.

© Nuriith Wagner-Strauss



Leben im digitalen Datenhaufen

Die KOMPETENZ sprach mit Deutschlands Ex-Justizministerin und Grundrechte-Kämpferin Herta Däubler-Gmelin über Totalüberwachung und Datenschutz im digitalen Zeitalter.

von Heike Hausensteiner

KOMPETENZ: Die meisten von uns verwenden ein Handy, Smartphone oder das Internet. Im Vorjahr wurde der „Überwachungsskandal“ durch die US-Geheimdienstbehörde NSA publik. Befinden wir uns in einem Jahrhundert der Überwachung?

Däubler: Auch ich nutze die neue Technik gern. So beschaffen wir uns Informationen und Unterhaltung, wie das früher nie möglich war, und wir vernetzen uns global. Das ist schön, und das nützen wir alle gerne. Auf der anderen – problematischen – Seite geben all diese Geräte Informationen über uns weiter, die für staatliche Stellen, aber auch für die Wirtschaft

und Arbeitgeber interessant sind, Stichwort Werbung, Überwachung, Wirtschaftsspionage. Das digitale Zeitalter bringt die Gefahr der

Das digitale Zeitalter bringt die Gefahr einer Totalüberwachung – des „gläsernen Menschen“.

Totalüberwachung, des „gläsernen Menschen“.

Das ist nicht nur das Ende jeder Privatheit, sondern bedroht auch Freiheit und Demokratie in unserer Gesellschaft. Die Supercomputer von heute machen es möglich, wie mit Staubsaugern alle Daten

im Internet, aber auch der übrigen digitalen Kommunikation aufzunehmen, zu speichern, zu verknüpfen und zu verwerten. Spezielle Verfahren machen es möglich, alles über eine Person zu finden und zusammenzuführen, also buchstäblich jede einzelne Stecknadel in dem riesigen Datenhaufen zu finden. Nichts wird mehr vergessen oder verloren. Es ist alles gespeichert und kann verkauft werden.

Weil wir das nicht wollen, müssen wir uns als Einzelne anders – datensparsam, vorsichtig und absichernd – verhalten. Und wir müssen von der Politik rechtliche Regeln fordern,

also Gesetze, EU-Verordnungen und globale Absprachen, die uns die Nutzung moderner Techniken erlauben und auf der anderen Seite die Gefahren eindämmen.

KOMPETENZ: Sie engagieren sich zeit ihres Lebens für den Schutz vor staatlichen Übergriffen. Dem in einer fast grenzenlosen, globalisierten Welt entgegenzusteuern, ist um einiges schwieriger geworden.

Däubler: Richtig, es geht zum einen um Befugnisse von Geheimdiensten, aber natürlich auch um Industriespionage, die von Konkurrenten ausgehen kann. Interessierte Arbeitgeber können sich Daten kaufen; andere verschaffen sich auf kriminelle Weise Zugang zu den staatlichen Datensammlungen.

Speziell für das Arbeitsleben sind im Hinblick auf den Einsatz von elektronischen Geräten, die zugleich Leistungs- und Verhaltenskontrollen der Beschäftigten mit sich bringen können, generell mehr Mitbestimmungsrechte für die Arbeitnehmervertretungen nötig – und deren leichtere Durchsetzung. Das muss in Gesetzen und europäischen Regelungen verankert werden.

KOMPETENZ: Inwieweit sind die Zivilgesellschaft, die BürgerInnen einzubeziehen?

Däubler: Viel stärker als heute, denn gute Politik funktioniert nur, wenn sich die BürgerInnen selber kümmern und der Politik Beine machen! Wer meint, seine Interessen würden von selbst vertreten, wird zwangsläufig enttäuscht. Man muss sich einmischen, das heißt sich selber schlau machen und dann für die eigenen Rechte eintreten. Sonst gehen Privatheit, Demokratie und Freiheit den Bach runter.

KOMPETENZ: Was entgegnen Sie jenen Menschen, die meinen, „ist mir doch wurscht, wenn andere via

Internet bei mir mitlesen, ich bin nicht so wichtig ...“?

Däubler: Das rächt sich heute noch schneller als früher. Wer sich in einer Demokratie auf die Zuschauerränge verzieht, darf sich nicht wundern, wenn seine Rechte ständig ausgehöhlt werden. Die Auseinandersetzung mit den Gefahren unseres digitalen Zeitalters ist anstrengend, klar. Die Verführung ist groß, sich nur unterhalten zu lassen und im Übrigen die Augen zuzumachen.

KOMPETENZ: Versuchen Sie, Ihre drei Enkelkinder dahingehend zu schützen?

Däubler: Selbstverständlich. Die wachsen ja mit diesen neuen technischen Möglichkeiten auf und können und wollen die auch nutzen. Deshalb muss man schon mit den kleinen Kindern besprechen, was da gut und was gefährlich ist. Vor allem muss man ihnen vorleben, was man ihnen erklärt. Wer mit seinen Kindern und Enkeln lebt und mit ihnen spricht, sich mit ihnen beschäftigt, sie also nicht gnadenlos Fernsehen, PCs und Spielkonsolen ausliefern, kann das schaffen. Regeln für die Benutzung sind wichtig: Nur ein bestimmter Zeitraum pro Tag – der Rest muss für Fußballspielen, für

Gespräche, andere Gemeinsamkeiten, Treffen mit Freunden genutzt werden.

KOMPETENZ: Wie könnte die Welt aussehen, wenn Ihre Enkelkinder 70 Jahre sein werden?

Däubler: (lacht) Ich kann nicht im Kaffeesatz lesen. Aber ich bin davon überzeugt, dass Menschenrechte, Freiheit und Demokratie von unseren Vorfahren hart erkämpft wurden, damit unser Zusammenleben menschlich sein kann. Das müssen wir pflegen und erhalten. Das kommt nicht von selbst. Darum müssen wir uns bemühen, auch im Interesse unserer Kinder und Enkel.

Herta Däubler-Gmelin

war von 1998–2002 deutsche SPD-Justizministerin. Heute ist sie Vorsitzende des Ausschusses für Rechtsangelegenheiten und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Gastprofessorin sowie Beraterin in Verfassungs-, Völkerrechts- und Menschenrechtsfragen.



Pensionssystem im Faktencheck

Fakten
Check

Trotz geschürter Diskussionen ist die Finanzierbarkeit des Pensionssystems nicht gefährdet. Die Produktivität steigt, der Anteil älterer Erwerbstätiger nimmt zu. Private Versicherer verunsichern, um ihre Vorsorgeprodukte zu verkaufen.

von David Mum

Alle Jahre kehrt die Pensionsdiskussion wieder. Selbsternannte Experten posaunen die Unfinanzierbarkeit des öffentlichen Pensionssystems in die Welt und treiben damit die Menschen Finanzdienstleistern in die Arme, die private Zusatzpensionen verkaufen wollen.

Die Befürworter einer radikalen Pensionsreform haben zwei – sich widersprechende – Hauptbotschaften: Erstens, das Pensionssystem ist viel zu teuer. Zweitens, die Pensionen werden künftig zu niedrig sein, um davon den Lebensstandard im Alter aufrechterhalten zu können. Nach Meinung der GPA-djp sind beide Behauptungen falsch. Hier die wichtigsten Aussagen zum Pensionssystem und zum Pensionskonto im Faktencheck:

Behauptung: Das Pensionssystem ist zu teuer.

Faktencheck: Es ist richtig, dass die Ausgaben für das öffentliche Pensionssystem in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen sind, aber sie sind keineswegs explodiert. Der Anteil des gesamtwirtschaftlichen

Einkommens (BIP), den die Gesellschaft für Pensionen ausgibt, hat sich relativ unspektakulär entwickelt. Wenn man die gesamten öffentlichen Pensionsausgaben inklusive Beamtenpensionen betrachtet, lagen diese 2010 bei 14,1 % des BIP. Davon mussten aber 26 % der Bevölkerung leben. Es ist also nicht so, dass die PensionistInnen einen überproportionalen Teil des gesamtwirtschaftlichen Wohlstands bekommen.

Wir brauchen mehr altersgerechte Arbeitsplätze, damit die Menschen länger im Erwerbsleben bleiben.

Behauptung: Das Pensionssystem muss unfinanzierbar werden, weil der „Altenanteil“ immer mehr zunimmt.

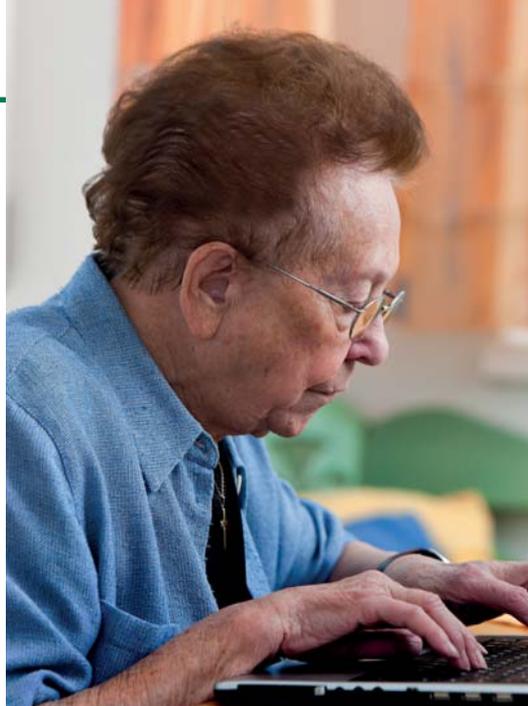
Faktencheck: Die Tatsache, dass die Menschen älter werden, ist keineswegs neu. Die Ausgaben der Pensionsversicherung werden aber wesentlich geringer steigen als der Anteil der Menschen über 65. Das ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die Beamtenpensionen mit dem Pensionsrecht der ArbeiterInnen

und Angestellten harmonisiert werden, und dass das Frauenpensionsalter an das der Männer angeglichen wird. Außerdem trägt die Pensionsberechnung der längeren Lebenserwartung Rechnung: Die Pensionshöhe bemisst sich am Lebensdurchschnittseinkommen, man benötigt für einen bestimmten Prozentsatz des Durchschnittseinkommens mehr Jahre als früher.

Obwohl der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung von 17,9 % 2012 auf 24 % 2030 stark steigen wird, steigt der Anteil der Pensionsausgaben am BIP wesentlich geringer. Die Pensionsausgaben werden voraussichtlich von 14,1 % 2010 auf 15,1 % 2020 steigen. Das ist eine maßvolle Entwicklung, die für Horrorszenarien nichts hergibt.

Dass der Anteil der Pensionsausgaben am BIP zunehmen wird, ist nicht problematisch, sondern notwendig und sinnvoll. Es ist aus Gründen der Generationengerechtigkeit richtig, künftig einen höheren Anteil am BIP für Pensionen auszugeben, wenn der Anteil der PensionistInnen an der Bevölkerung steigt.

© Gina Sanders - Fotolia.com





Behauptung: Das Defizit im Pensionsystem wird immer größer. Ein immer höherer Teil der Pensionen muss mit Steuermitteln subventioniert werden.

Faktencheck: Neben den zweckgebundenen Pensionsversicherungsbeiträgen der ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber werden die Pensionen zu einem Teil auch aus Steuermitteln, dem sogenannten Bundesbeitrag, finanziert. Der Bundesbeitrag deckt etwa ein Viertel der Pensionsausgaben. Anders gesagt: Die Pensionen sind zu $\frac{3}{4}$ durch die Pensionsversicherungsbeiträge gedeckt. Am höchsten ist der Eigenfinanzierungsgrad bei den ArbeitnehmerInnen und Angestellten.

Deutlich geringere Deckungsquoten haben die Systeme der Bauern und Selbstständigen. Dass es einen derartigen Zuschuss aus dem Budget gibt, ist seit Anfang des Pensionsystems vorgesehen. Das ist keine unvorhergesehene oder ungewollte Defizitabdeckung, sondern eine bewusste Finanzierungsquelle zur Absicherung des staatlichen Pensionsystems. Durch die Einbeziehung von Steuermitteln erfolgt eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis.

Behauptung: Die Erwerbsquote älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist viel zu gering, weil die Menschen möglichst früh in Pension gehen wollen.

Faktencheck: Die Erwerbsquote älterer ArbeitnehmerInnen ist ein wichtiger Faktor der Finanzierung unseres Pensionssystems. In Österreich ist sie im internationalen Vergleich noch relativ gering, aber sie ist in den letzten zehn Jahren kontinuierlich und deutlich gestiegen.

Für die Finanzierbarkeit des Sozialsystems kommt es aber letztlich auf die insgesamt Beschäftigungsquote über alle Altersgruppen an. Bei der Gesamtbeschäftigungsquote liegt Österreich 2012 innerhalb der EU an vierter Stelle: 72,5 % waren beschäftigt, was deutlich über dem EU-Schnitt von 64,1 % liegt.

Die Erwerbsanreize sind mit dem neuen Pensionskontorecht sehr hoch. Nun muss noch der Arbeitsmarkt so reformiert werden, dass es genügend altersgerechte Arbeitsplätze gibt. Mit einem Bonus-Malus-System sollen die Unternehmen dazu gebracht werden, mehr Menschen über 55 zu beschäftigen. Es muss gelingen, die Beschäftigungsquote der älteren ArbeitnehmerInnen zu erhöhen, ohne dass die Arbeitslosigkeit ansteigt.

Wenn man später in Pension geht, hat das erhebliche Auswirkungen auf die Pensionshöhe. Die Pensionshöhe steigt pro Jahr des verschobenen Pensionsantritts um ca. 8 %. Wer also mit 65 Jahren statt mit 62 in Pension geht, hat eine Pension, die ca. um ein Viertel höher ist.

Behauptung: Mit der Einführung des Pensionskontos werden viele eine böse Überraschung haben. Die Menschen werden sehen, dass sie nur geringe Pensionen zu erwarten haben.

Faktencheck: 2014 wird für die Versicherten ab Jahrgang 1955 bei der Pensionsversicherung ein Pensionskonto eingerichtet, das den Pensionsanspruch zeigt, den man schon erworben hat. Auf dem Pensionskonto ist immer der Anspruch auf die Bruttopension angeführt. Der Pensionsanspruch wird aufgrund einer einfachen Formel ermittelt: Pro Versicherungsjahr erwirbt man einen Pensionsanspruch von 1,78 % des Einkommens in diesem Jahr.

Wenn man beispielsweise in einem Jahr 2.000 EUR monatlich verdient, erwirbt man in diesem Jahr einen monatlichen Pensionsanspruch von 35,6 EUR (1,78 % von 2.000 EUR). Würde man 40 Jahre 2.000 EUR verdienen, erwirbt man einen monatlichen Pensionsanspruch von 1.424 EUR.

Das Pensionskonto wird den Menschen den jeweiligen (Brutto-)Pensionsanspruch zeigen, der bereits erworben wurde, und zudem die zu erwartende Pensionshöhe bei frühestmöglicher Inanspruchnahme. Wenn jemand erst wenige Versicherungsjahre hat, ist die bereits erworbene Pension logischerweise noch gering. Man muss also bedenken, dass der Anspruch durch jedes zusätzliche Versicherungsjahr weiter anwächst.

Das Pensionskonto stabilisiert das öffentliche System. Künftige Regierungen werden sich hüten, rückwirkend in erworbene Ansprüche einzugreifen. Das würden alle durch eine Verschlechterung ihres Pensionsanspruches am Pensionskonto sofort merken.

Langfassung unter:
<http://bildung.gpa-djp.at>

© Gina Sanders - Fotolia.com





Auf die Tasche!

Unzulässige Leibesvisitationen der Beschäftigten bei Media Markt in Krems sind offenbar keine Einzelfälle.

von Andrea Rogy

Im Jänner wurde bekannt, dass bei den Beschäftigten der Media Markt Filiale in Krems Leibesvisitationen und Taschenkontrollen durchgeführt wurden. Seitdem laufen bei der Gewerkschaft die Telefone heiß: Beschäftigte anderer Standorte berichten laufend von ähnlichen Vorfällen. Der Regionalgeschäftsführer der GPA-djp Niederösterreich in St. Pölten, Peter Stattmann, ist empört: „Leibesvisitationen dürfen nur von der Polizei durchgeführt werden.“ Der stellvertretende Bundesgeschäftsführer der GPA-djp, Karl Proyer, forderte das Unternehmen auf, die Leibesvisitationen ab sofort zu unterlassen.

Hineingreifen und Herumwühlen

Taschenkontrollen hingegen sind nicht grundsätzlich verboten. Media

Markt hat sogar einen Passus in den Dienstverträgen, in dem es heißt, dass beim Verlassen des Hauses die Taschen geöffnet vorzuzeigen sind, um Missverständnissen vorzubeugen. „Was hier passiert ist, geht aber längst über zulässige Taschenkontrollen hinaus“, kritisiert Stattmann. Hineingreifen und Herumwühlen seien nicht erlaubt.

Die GPA-djp fordert von der Firma den Verzicht auf diese „unfaire Vertragsklausel“. Karl Proyer beurteilt eine permanente Misstrauenskultur gegenüber den Beschäftigten – wie sie hier offenbar vorliegt – als unhaltbar. „Wir stehen der Geschäftsführung von Media Markt gerne zur Verfügung, um die dementsprechenden Klauseln so zu verändern beziehungsweise so zu formulieren, dass sie dem

österreichischen Arbeits- und Sozialrecht entsprechen“, so Proyer.

Wird auch bei Saturn gefilzt?

Auch bei Saturn soll es zu Leibesvisitationen und Taschenkontrollen gekommen sein: „Ungefähr alle zwei Monate mussten wir das alle machen“, zitiert der „Kurier“ einen ehemaligen Beschäftigten.

Die Unternehmensleitung von Mediamarkt und Saturn distanziert sich von „überschießenden Maßnahmen, die auch den Unternehmensrichtlinien widersprechen“ und will die Vorfälle untersuchen. Ganz so, als ob die Sicherheitsfirmen nicht von Media Markt oder Saturn selbst beauftragt wurden.

Die GPA-djp hat einen Online-Aufruf gestartet: Media Markt soll Leibesvisitationen ab sofort unterlassen, und die Klauseln zu Taschenkontrollen sind so zu gestalten, dass sie dem österreichischen Arbeits- und Sozialrecht entsprechen.

Unterstützungserklärungen auf: www.gpa-djp.at



© Gina Sanders - Fotolia.com

Sensible Daten von Kranken werden ausgewertet

Broschüre zeigt Alternativen zu fragwürdigen Maßnahmen im Betrieb.

Arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme nehmen infolge steigenden Arbeitsdrucks zu. Gleichzeitig sind die Krankenstände rückläufig, was in Zusammenhang mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit steht. Viele ArbeitnehmerInnen haben Angst um ihren Arbeitsplatz und vermeiden daher Krankenstände.

Langfristig schädigen sie dadurch ihre Gesundheit oft so nachhaltig, dass sie ernsthaft erkranken und letztlich doch die Arbeit verlieren. Vor diesem Hintergrund kommt neuen Methoden des „Krankenstands- oder Fehlzeitenmanagements“, die in Betrieben

vermehrt auftreten, besondere Brisanz zu. Sensible Krankenstandsdaten werden aufbereitet, ausgewertet und öffentlich gemacht. Sie werden zu einem Instrument der Kontrolle, der Leistungs- und Verhaltenssteuerung. Die Broschüre erklärt, wie sich Beschäftigte und BetriebsrätInnen gegen Datenmissbrauch wehren können und zeigt Alternativlösungen der betrieblichen Gesundheitsförderung.

Die Broschüre kann bestellt werden unter: service@gpa-djp.at



Regeln für private Geräte im Betrieb

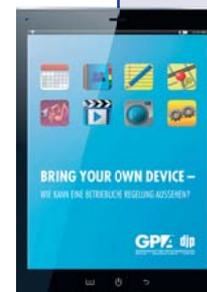
„Bring Your Own Device“ (BYOD) – „Bring dein eigenes Gerät“ ist in immer mehr Betrieben üblich. Wer das private Tablet, Smartphone, Handy oder Navi schätzt, möchte es auch beruflich nutzen. Arbeitgeber tolerieren diese Praxis. IT-Abteilungen fluchen, weil sie den Überblick verlieren und die betrieblichen Sicherheitsstandards nicht aufrechterhalten können.

Es tauchen zusätzlich Fragen rechtlicher und technischer Natur auf: Wer beseitigt allfällig eingeschleuste Viren? Wer haftet? Wer steht gerade für den Datenschutz?

Welche Apps dürfen installiert werden? Wie weit reicht die „Befehlsgewalt“ des Arbeitgebers?

Durch BYOD vermischen sich Arbeitszeit und Freizeit, berufliche und private Daten und oft entsteht unbezahlte Arbeitszeit, beispielsweise beim E-Mails Lesen in der Freizeit. Diese Broschüre soll BetriebsrätInnen helfen, verbindliche Spielregeln für die Nutzung von BYOD mitzugestalten und aufzeigen, was es dabei zu beachten gilt.

Die Broschüre kann bestellt werden unter: grundlagen@gpa-djp.at



Richtigstellung zu Wiener Sozialdiensten

In der vorigen Ausgabe der KOMPETENZ 6/2013 wurde über die vielschichtige Arbeit von BetriebsrätInnen in Österreich berichtet und die Schwerpunkte ihrer Tätigkeiten dargestellt. Marianne Schiel, Betriebsrätin der „Wiener Sozialdienste Förderung und Begleitung“, sieht es als ihre Hauptaufgabe, sich für faire Arbeitsbedingungen und anständige Gehälter für teilzeitbeschäftigte Frauen einsetzen.

Es wird festgehalten, dass sich die von Schiel beschriebenen möglichen Verschlechterungen beim Wiedereinstieg nicht auf das Unternehmen „Wiener Sozialdienste Förderung und Begleitung“ beziehen.



© mdworschak - Fotolia.com

Meine Rechte bei Krankheit

Wenn Erkältungen und grippale Infekte grassieren, mehrten sich in der Rechtsberatung der GPA-djp Anfragen zum Krankenstand.

von Andrea Komar

Februar ist Schnupfenzeit, die Grippe breitet sich aus. Gerade jetzt werden viele Menschen krank, auch in den Betrieben steigt die Zahl der Krankenstände. Doch worauf müssen kranke ArbeitnehmerInnen achten?

Wer infolge von Krankheit arbeitsunfähig ist, hat das Recht, zu Hause zu bleiben, auch wenn das dem/der Chefin nicht immer gefallen mag. Zugleich haben erkrankte ArbeitnehmerInnen aber auch Verpflichtungen. Zum einen muss die Krankmeldung unverzüglich erfolgen, zum anderen ist, sofern der/die Chefin das verlangt, eine Krankenstandsbestätigung zu übermitteln. Bei Verstößen gegen diese Pflichten droht Entgeltverlust.

Was ist mitzuteilen?

Es genügt, Krankheit, Unfall oder Kuraufenthalt als Grund für die Dienstverhinderung anzugeben. Über die Diagnose müssen keine Auskünfte erteilt werden. Doch auch während des Krankenstandes ist einiges zu beachten: Wurde die Arbeitsunfähigkeit von der erkrankten ArbeitnehmerIn nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt, besteht für einen gesetzlich geregelten Zeitraum Anspruch auf Entgeltfortzahlung. Die Anspruchsdauer ist nach Dienstjahren gestaffelt.

Während eines Krankenstandes darf seitens der ArbeitnehmerIn kein der Genesung abträgliches Verhalten gesetzt werden. Im Zweifelsfall

Recht aktuell

In der Serie „Recht aktuell“ werden ab nun unter der Federführung von Andrea Komar, der Leiterin der GPA-djp-Rechtsabteilung, in jeder Ausgabe der KOMPETENZ anlassbezogene wichtige Rechtsthemen und ihre Auswirkungen auf Angestellte, interessante Gerichtsentscheidungen sowie bedeutende Gesetzesänderungen besprochen.



Rechtsexpertin
Andrea Komar

© Nürith Wagner-Strauss

entscheiden Arzt/Ärztin, ob Bettruhe einzuhalten ist oder nicht. Welche Tätigkeiten Kranke verrichten dürfen, hängt von der Art der Erkrankung ab. Vorsicht! Wer sich nicht an die ärztlichen Vorgaben hält, riskiert eine Entlassung!

Krank im Urlaub

Urlaub wird unterbrochen, wenn die krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit länger als drei Kalendertage dauert. In diesem Fall hätte der Urlaub nämlich keinen Erholungswert mehr.

Doch Vorsicht: Erkrankt man während eines vereinbarten Zeitausgleichs, kommt es der oberstgerichtlichen Judikatur zufolge zu keiner Unterbrechung desselben.

Nicht immer müssen ArbeitnehmerInnen selbst von Krankheit betroffen sein. Im Falle der Pflege eines erkrankten Kindes oder anderer naher Angehöriger besteht Anspruch auf Pflegefreistellung. Die Länge dieses Anspruchs hängt unter anderem vom Alter des Kindes ab.

Kündigung im Krankenstand

In der betrieblichen Praxis stellt sich häufig die Frage, ob man während eines Krankenstandes gekündigt werden darf. Ja, das ist möglich, denn Krankenstand schützt nicht vor Kündigung. Allerdings bleibt der gesetzliche Anspruch auf Entgeltfortzahlung unter bestimmten Voraussetzungen auch über das Ende des Dienstverhältnisses hinaus bestehen. Doch Vorsicht: Manche ArbeitgeberInnen wollen die Entgeltfortzahlung umgehen, indem sie den kranken MitarbeiterInnen eine einvernehmliche Auflösung des Dienstverhältnisses aufzudrängen versuchen.

In vielen Einzelfällen gibt es bei Krankheit Regelungen in Kollektivverträgen, Betriebsvereinbarungen oder Arbeitsverträgen, die für die ArbeitnehmerInnen günstiger und damit zu berücksichtigen sind. Dabei müssen auch immer die individuellen Begleitumstände geprüft werden.

Wenn Sie Fragen zum Krankenstand haben, beraten unsere KollegInnen in den GPA-djp-Regionalgeschäftsstellen Sie gerne. ■



© Martina Osmay - Fotolia.com

Regionalgeschäftsstellen

Region Wien
Tel.: 05 03 01-21000
E-Mail: wien@gpa-djp.at

Region Niederösterreich
Tel.: 05 03 01-22000
E-Mail: niederosterreich@gpa-djp.at

Region Burgenland
Tel.: 05 03 01-23000
E-Mail: burgenland@gpa-djp.at

Region Steiermark
Tel.: 05 03 01-24000
E-Mail: steiermark@gpa-djp.at

Region Kärnten
Tel.: 05 03 01-25000
E-Mail: kaernten@gpa-djp.at

Region Oberösterreich
Tel.: 05 03 01-26000
E-Mail: oberoesterreich@gpa-djp.at

Region Salzburg
Tel.: 05 03 01-27000
E-Mail: salzburg@gpa-djp.at

Region Tirol
Tel.: 05 03 01-28000
E-Mail: tirol@gpa-djp.at

Region Vorarlberg
Tel.: 05 03 01-29000
E-Mail: vorarlberg@gpa-djp.at

Krankenstandsrückkehrgespräch

Stellen Sie sich vor, Sie kommen nach einem 3-wöchigen Krankenstand wieder zur Arbeit und werden zum/zur Vorgesetzten zitiert. Anlässlich dieses Gesprächs werden Sie gefragt, ob Sie wieder ganz gesund sind, oder ob mit Folgeerkrankungen zu rechnen ist. Vielleicht versucht Ihre/Ihr Vorgesetzte/r sogar herauszufinden, woran Sie erkrankt waren. Derartige Krankenstandsrückkehrgespräche werden immer häufiger standardisiert eingeführt.

Egal, ob diese Gespräche nur nach bestimmten Krankenständen (z. B. ab einer gewissen

Dauer) oder nach jedem Krankenstand stattfinden: Sie signalisieren ArbeitnehmerInnen Misstrauen und geben Ihnen das Gefühl, sich für ihre krankheitsbedingte Abwesenheit rechtfertigen zu müssen. Kein Wunder, denn was gerne mit Fürsorgepflicht bzw. einem effektiven betrieblichen Gesundheitswesen begründet wird, ist oft nichts weiter als eine Kontrollmaßnahme.

Gibt es solche Gespräche auch in Ihrem Betrieb? Von Ihrer Gewerkschaft erfahren Sie, welche Fragen Sie beantworten müssen und welche nicht!



Im Jubiläumsband der Wohnbauvereinigung der GPA kommen viele prominente WegbegleiterInnen zu Wort.

Die Wohnbauvereinigung ist 60

Auch die Aktivitäten der WBV-GPA in den Bundesländern werden vorgestellt.

von Stefan Leicht

Die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WBV-GPA) feierte 2013 ihr 60-jähriges Firmenjubiläum. Zu diesem Anlass wurde eine Publikation herausgegeben, die das Unternehmen umfassend vorstellt.

„Menschen. Maßstäbe. Meilensteine.“

So lautet das Motto der WBV-GPA und daran orientiert sich auch der Aufbau des Buches: Der erste Teil „Menschen“ trägt den Untertitel „Der Wille zur Gestaltung“ und porträtiert in Gesprächsform

Wegbereiter und Wegbegleiter der WBV-GPA, so zum Beispiel den GPA-Ehrevorsitzenden und langjährigen Geschäftsführer und Aufsichtsratsvorsitzenden Hans Sallmutter, die Bundesministerin a. D. Lore Hostasch oder den ehemaligen Vorsitzenden der GPA-Privatstiftung, Walter Zwiauer.

Ausführlich kommt die derzeitige Geschäftsführung der WBV-GPA, Michael Gehbauer und Andrea Holzmann, zu Wort, abgerundet wird das Kapitel mit Gesprächen mit ehemaligen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern, aus deren Zeiten

wesentliche Weichenstellungen für das Unternehmen rühren.

„Praxis für die Theorie“

„Beiträge zum Leben und Wirken mit und in der WBV-GPA“, so lautet der Untertitel des zweiten Teils, in dem die „Maßstäbe“ näher erläutert werden. Gleich zu Beginn ist eine ausführliche Darstellung der Geschichte des Unternehmens – von Dr. Elmar Schübl und unter tatkräftiger Mithilfe der Leiterin des GPA-djp-Archivs, Karin Gregor, erarbeitet – zu finden, beginnend mit den Anfängen in der Nachkriegszeit.

Aus dieser Zeit stammt auch der vielzitierte Satz: „Wenn es gelänge, in einer nicht allzu langen Zeit etwa 500 Wohnungen zu bauen – und das wäre möglich –, so wäre dies sicher ein wenn auch nicht bedeutender, so doch ein wenigstens nennenswerter Beitrag zur Linderung unserer argen Wohnungsnot.“ Mit nunmehr knapp 7.000 Wohnungen hat die WBV-GPA diesen Auftrag wohl gut erfüllt.

In Wien und anderswo

In Folge werden die Aktivitäten der WBV-GPA in den Bundesländern sowie eine Fülle von sozialen, künstlerischen und wissenschaftlichen Projekten und Initiativen, bei denen die WBV-GPA eine tragende Rolle spielt, vorgestellt, die Arbeit der Hausbesorgerinnen und Hausbesorger gewürdigt und einige Mieterinnen und Mieter vor den Vorhang gebeten.

„Meilensteine“

Im dritten Teil werden unter dem Titel „Gebautes bleibt“ für die Zeit ihrer Entstehung typische und architektonisch bemerkenswerte Wohnhausanlagen präsentiert, wobei für die jeweiligen Beschreibungen die renommierten Architekturpublizisten Franziska Leeb und Wojciech Czaja gewonnen werden konnten.

Sechs Jahrzehnte Qualität im Wohnbau werden auf diese Art und Weise ins rechte Licht gerückt und mit

entsprechenden Abbildungen illustriert. Natürlich darf der Ausblick auf die in Bau oder in Planung befindlichen Projekte nicht fehlen: Eine Vorschau auf kommende Wohnbauvorhaben rundet dieses Kapitel ab.

Literaturbeilage

Ergänzt wird das Werk durch ein beiliegendes Heft, in dem sechs eigens für diesen Anlass geschaffene Dramolette „für sechs Jahrzehnte Wohnen“ des bekannten österreichischen Schriftstellers, Essayisten und Dramatikers Antonio Fian abgedruckt sind.

Professor Harry Kopietz, Erster Präsident des Wiener Landtages: „Die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte ist für die Stadt Wien ein verlässlicher Partner, nicht nur wenn es um sozialen Wohnbau geht, sondern auch wenn kreative und visionäre Lösungen gefragt sind.“

Buchbestellung

Sollte diese Publikation Ihr Interesse geweckt haben, besteht die Möglichkeit, diese kostenlos zu bestellen. Senden Sie einfach ein E-Mail mit dem Betreff „Buchbestellung“ unter Anführung des Vor- und Zunamens sowie der Wohnanschrift an die Mailadresse „office@wbv-gpa.at“ oder ein Fax mit selbigem Betreff und Informationen an die Faxnummer „01/535 49 78“.

Aktuelle Projekte im Vergabestadium:

- Quellenstraße 2B – preiswerte smarte Wohnungen: gepl. Fertigstellung Winter 2014, Miete: EUR 6,50/NW, FB: EUR 455,59/NW
- Aderklaaer Straße 29 – CITYGATE – Wohnen mit allem Drum und Dran: gepl. Fertigstellung Frühjahr 2015, Miete: EUR 8,33/NW, FB: EUR 472,82/NW

Freie Wohnungen

Bestehende Objekte:

- 8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10–18/Burgogasse 12–16, 2–3-Zimmerwohnungen frei, HWB 144 KWh/m²/a
- 3002 Purkersdorf, Herrengasse 6/3/17, 3-Zimmerwohnung, 91 m², mit 2 Terrassen, HWB 39 KWh/m²/a
- 2731 St. Egyden, Stadtgraben 3/3/6, 3-Zimmerwohnung, 72 m², Loggia, HWB 67,21 KWh/m²/a
- 2680 Semmering, Hochstraße 43/1/5, 2-Zimmerwohnung, 48,69 m² HWB 44 KWh/m²/a

Neubauprojekte:

- 1100 Wien, Quellenstraße 2B, 174 geförderte Mietwohnungen mit Eigentumsoption auf 6 Stiegen und 8 Geschossen, HWB 23 KWh/m²/a)
- 1210 Wien, Aderklaaer Straße 29, 71 Mietwohnungen mit Eigentumsoption direkt an der U1-Station „Aderklaaer Straße“, HWB 29 KWh/m²/a)

Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte WBV-GPA-Wohnungsservice – Gassenlokal

1010 Wien
Werdertorgasse 9
Tel.: 01/533 34 14

Internet: www.wbv-gpa.at
E-Mail: wohnungsservice@wbv-gpa.at



Urlaub

Planen Sie einen Kurzurlaub für zwischendurch oder bereits Ihren Sommerurlaub? Mit der GPA-djp-CARD gibt's Urlaubsangebote zu Vorteilspreisen.

© william87 - Fotolia.com



© Interhome

Interhome Ferienhäuser und Wohnungen

Für jeden Geldbeutel die passende Ferienunterkunft: Das Angebot deckt mit über 33.000 Ferienobjekten in über 31 Ländern alle individuellen Urlaubswünsche ab.

Ob Winterurlaub in einer Ferienwohnung im Zillertal oder Sommerurlaub in einer Villa mit Pool in der Toskana.

GPA-djp-Mitglieder erhalten auf das komplette Interhome-Angebot 5 % Rabatt! Dieser ist kombinierbar mit anderen Aktionen, wie z. B. dem Last-Minute-Rabatt von 33 %.

Detaillierte Infos unter www.interhome.at/gpa
Interhome GesmbH
Tel.: 0043/512/34 40 90
E-Mail: info@interhome.at



© Harry's Home Hotels

Harry's Home Hotels

Nach einem fulminanten Start in Graz und den Eröffnungen der Häuser in Linz 2009, Dornbirn 2010 und Wien 2012 geht die Erfolgsstory weiter.

2014 eröffnet Harry's Home gleich zwei neue Hotels, den mittlerweile 5. Standort in Österreich und in München den ersten in Deutschland.

Als GPA-djp-Mitglied erhalten Sie 10 % Rabatt auf sämtliche Harry's Home Packages sowie für Ihre Übernachtungen!

Bitte bei der Reservierung auf den GPA-djp-Rabatt hinweisen. Die Ermäßigung wird nur bei Vorlage der GPA-djp-CARD gewährt.

Weitere Infos finden Sie unter: www.harrys-home.com



© Ferienhotel Wörthersee

Ferienhotel Wörthersee****

Das Wohlfühlhotel, direkt am See gelegen, verfügt über gemütliche Zimmer und moderne Apartments.

Erholen Sie sich am Privatstrand oder genießen Sie den großzügigen Wellnessbereich mit Panorama-Hallenbad, Saunen, Aromasauna, Infrarotkabine, Kneippbecken, Solarium und Fitnessbereich.

CARD-Ermäßigung auf die Listenpreise:
-20 % in der Vor-/Nachsaison
-10 % in der Hauptsaison

Ferienhotel Wörthersee
Töschling 82,
9212 Techelsberg/ Pörtschach
Tel.: 04272/25 09
E-Mail: info@ferienhotelwoerthersee.at
www.ferienhotel-woerthersee.at

© Amedia Hotel Express Prag



Prag – die goldene Stadt

Die großartigen Kunst- u. Kulturdenkmäler lassen diese Metropole zu einer der sehenswertesten Städte Europas werden.

Verbinden Sie Kultur und Shopping – Tschechiens größtes Einkaufszentrum Chodov mit vielen Einkaufsmöglichkeiten liegt unweit vom Hotel.

Leichte Erreichbarkeit über die Autobahn D1 sowie U-Bahnbindung ins Zentrum.

30 % CARD-Ermäßigung auf den regulären Zimmerpreis (ausgen. 27.12.2014–2.1.2015)

Amedia Hotel Express Prag
Information & Buchung:
reservations.prague4@amediahotels.com
Tel.: 0042/0/234 623 100
http://amediahotels.com

© Casa San Luigi



Casa San Luigi – Toskana

Gönnen Sie sich leistbaren Luxus im klassisch toskanischen Landhausstil in absoluter Ruhelage am Fuße des Monte Vaso.

Die komfortabel eingerichteten Apartments und Zimmer vermitteln durch traditionelle Steinmauern und Holzbalkendecken eine Atmosphäre der Ruhe und Geborgenheit.

GPA-djp-Ermäßigung:
- 5 % ganzjährig
- bis 15.2.2014 zusätzlich 5 % Frühbucherbonus
- Angebot 7 = 6 und 14 = 12 gilt in der Zeit von 29.3.–31.5. und 7.9.–15.11.2014

Information & Buchung:
Gabriella Fink in Schmickl
Tel.: 0039/3333/95 21 73
E-Mail: gabriella@sanluigi.at
www.sanluigi.at

© Holiday Beach Budapest



Holiday Beach Budapest****

In einem der schönsten Bezirke von Budapest, unmittelbar an der Donau am Römer-Ufer, erwartet das mehrfach ausgezeichnete Hotel seine Gäste.

GPA-djp-Package gültig bis 30. April 2014
2 Übernachtungen im Zweibettzimmer mit Frühstück
3-Gänge-Abendessen
Willkommensgetränk
Benutzung des Holiday Beach Fitnessbereiches und der Sauna
20-min. Massage
Stadtrundfahrt mit dem Bus

EUR 99,- p. P.
EZ-Aufschlag EUR 40,-

HOLIDAY BEACH BUDAPEST
1039 Budapest, Piroska utca 3–5
Tel.: 0036/1/436-7160
frontdesk@holidaybeach.hu
www.holidaybeach.hu

Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card
Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-301, E-Mail: service@gpa-djp.at

Jän.–Feb. 2014



© rudi1976 - Fotolia.com

Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen! Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel, **Einsendeschluss: 16. Februar 2014.** Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

© Hannah Neuhuber



Gewinnen Sie
2 x 2 Karten
für 8,3-14

15. Feb. bis 8. März 2014

The Picture of Dorian Gray

THEATER BRETT

Wiens neue englischsprachige Theatergruppe, die OPEN HOUSE THEATRE COMPANY, präsentiert einen Höhepunkt aus dem Schaffen Oscar Wildes, für die Bühne adaptiert von Alan Burgon.

Mit CARD: EUR 17,- statt 22,-
Karten: Tel.: 0680/225 12 90
www.openhousetheatre.at

© Max Pucciarriello



Gewinnen Sie
3 x 2 Karten
für 25,2-14

19.-25. Februar 2014

MOMIX BOTANICA

Wiener Stadthalle

Moses Pendleton und seine Modern Dance Company Momix verzaubern Jung und Alt mit getanzten Bildern, wortlos schön & zauberhaft.

15 % CARD-Ermäßigung
Buchung per Mail:
tickets@comcat.cc
Info: 01/361 98 88-10

© Roland Szabo



Gewinnen Sie
2 x 2 Karten
für 22,3-14

22. Feb. bis 23. März 2014

Int. Akkordeon Festival 2014

Versch. Veranstaltungsorte

Auch im 15. Jahr haben FreundInnen von Musik und Kultur in renommierten Wr. Spielstätten Gelegenheit, sich mit dem Akkordeon und dessen zahlreichen Facetten auseinanderzusetzen.

10 % CARD-Ermäßigung
Karten: 0676/512 91 04
Info: www.akkordeonfestival.at

© Komödie am Kai



Gewinnen Sie
3 x 2 Karten
für 1,3-14

Bis 8. März 2014

Einmal Moskau und zurück

Komödie am Kai

Sehen Sie eine Komödie mit herrlichen Dialogen, Wortwitz, Ironie und Situationskomik, die zeigt, dass das Leben auch im Alter immer wieder schöne, unerwartete Wendungen nehmen kann.

Info: www.komoedieamkai.at
Karten: 01/533 24 34
20 % CARD-Ermäßigung

© Reinhard Steiner



Gewinnen Sie
2 x 2 Karten
für 21,3-14

11.-21. März 2014

magda goebels.deutsche mutter

KIP-Kultur im Prückel

Das Zwei-Personen-Stück spiegelt in den Dialogen zwischen Magda Goebbels (Claudia Androsch) und ihrer gleichaltrigen Freundin Ello Quandt die Ära des „Dritten Reiches“.

Info: www.kip.co.at
10 % CARD-Ermäßigung
Karten: 01/512 54 00

© cofo.de



Gewinnen Sie
3 x 2 Karten
für 28,4-14

28. April 2014

ALL YOU NEED IS LOVE

Helmut-List-Halle, Graz

Mit den Beatles-Songs bringt die amerikanische Band „Twist & Shout“ die Pilzköpfe musikalisch und optisch verblüffend authentisch auf die Bühne zurück.

30 % Ermäßigung in den oeticket VVK-Stellen mit „Gutschein“:
Download unter
www.gpa-djp.at/card

Jahrbuch

Altersdiskriminierung 2013

Hrsg. Gustav Wachter,
nwV Verlag Graz 2013, 42 €

Mit der Jahrbuch-Reihe Altersdiskriminierung wurde 2010 begonnen, die bislang in Österreich noch nicht hinreichend in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückte Problematik Altersdiskriminierung systematisch aufzuarbeiten. Auch die vierte Ausgabe dokumentiert verschiedene Fälle von Diskriminierung, die allein aufgrund des Alters stattfinden. Die wichtigsten Entwicklungen werden anhand von Gerichtsentscheidungen und deren Besprechung dargestellt. Auch im Beobachtungszeitraum der aktuellen Ausgabe, dem Jahr 2012, gab es wieder reichlich Stoff.

Am Beginn steht ein Beitrag von Walter Obwexer zum Thema „Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Verbot der Altersdiskriminierung“. Daran schließt



Florian Burger mit dem Aufsatz „Anonymisierte Bewerbungen als Schutzimpfung gegen Altersdiskriminierung?“ an. Es folgt ein Überblick

über die wichtigsten Entscheidungen zur Altersdiskriminierung im Jahre 2012. Zunächst werden österreichische Entscheidungen besprochen. In diesen geht es durchwegs um die Vordienstzeitenanrechnung. Dann folgt ein Beitrag über die Judikatur des EuGH. Abgerundet wird der Rechtsprechungsüberblick durch einen Beitrag zur deutschen Judikatur. Die in den deutschen Entscheidungen enthaltenen Argumentationen können teilweise auch auf Österreich umgelegt werden.

Anhand dieser Entscheidungen wird sichtbar, dass die Sensibilität der

von Altersdiskriminierung Betroffenen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist. Auch hat der Wille zugenommen, sich mit rechtlichen Mitteln dagegen zur Wehr zu setzen, wegen Erreichung bestimmter Altersgrenzen aus der beruflichen Betätigung entfernt zu werden.

Im Laufe des Buches erfolgt eine vertiefte Auseinandersetzung mit einzelnen Entscheidungen in Gestalt von Rezensionen. Der erste dieser Beiträge trägt den Titel „VwGH: Rechtsbereinigung nach dem EuGH-Urteil Hütter in Österreich unzulänglich“, der zweite heißt „EuGH: Schwedische Altersgrenze von 67 Jahren keine verbotene Altersdiskriminierung – auch bei bescheidener Rente“. Anschließend wird in einem Aufsatz die Frage „§ 8 Abs. 3 GehG 1956 – eine verbotene Altersdiskriminierung?“ diskutiert.

Andrea Rogy

Nachhaltig leben Bewusst kaufen, sinnvoll nutzen. Alternativen zum Wegwerfen

von Susanne Wolf
Hrsg.: VKI
Wien 2013, 14,90 €

Umfragen sagen, dass mehr als die Hälfte der KonsumentInnen gerne bewusster einkaufen möchte und an nachhaltigem Konsum interessiert ist. Nur ein geringer Teil der VerbraucherInnen setzt das jedoch auch in der Praxis um. Als Einzelne/r kann ich ja ohnehin nichts bewirken, ist die weit verbreitete Meinung, außerdem ist nachhaltig kaufen teuer. Dass das nicht zwingend so sein muss, zeigt Susanne Wolf in ihrem Buch.

Gegliedert nach Lebensbereichen wie Essen, Einrichtung und Haushalt oder Mobilität analysiert sie Angebot und Nachfrage bei unterschiedlichsten Produkten.



Wie das mit der Bio-Landwirtschaft und dem Ökostrom wirklich ist, und welchem Bio- oder Fairtrade-Siegel man

vertrauen kann, wird ausführlich erklärt und begründet. Am Ende jedes Kapitels findet sich eine Checkliste mit praktischen Tipps, zudem eine umfangreiche Liste mit weiterführenden Links.

Im Übrigen muss sich nachhaltiger Konsum nicht auf Ökostrom und Biolebensmittel beschränken. Auch das Reisen, Telefonieren und Autofahren lässt sich nachhaltiger gestalten. Schritt für Schritt bringt die Autorin ihren LeserInnen nahe, ein Bewusstsein zu entwickeln für den ökologischen Fußabdruck, den jede und jeder von uns hinterlässt.

Brauchen wir wirklich immer das neueste Smartphone? Lässt sich das eine oder andere Gerät nicht vielleicht reparieren, anstatt es wegzuworfen. Müssen wir immer unserer Bequemlichkeit nachgeben und jeden Weg mit dem Auto zurücklegen? Und muss jeder Urlaub mit einer Flugreise verbunden sein?

Das Buch ist übersichtlich gestaltet und leicht zu lesen. Man kann es von vorne bis hinten durchlesen, aber auch einzelne Bereiche herausgreifen und es als Nachschlagewerk benutzen. Es gibt nur einen Grund das Buch nicht in die Hand zu nehmen: Wenn man weiter bei der bequemen Meinung von der angeblichen Ohnmacht des Einzelnen bleiben will. Denn eines ist nachhaltiger Konsum sicherlich nicht – bequem.

Lucia Bauer

Kurzurlaub.at

Rabattgutschein

im Wert von **10,-** Euro

Dieser **Rabattgutschein** bringt Sie direkt in Ihren Kurzurlaub.

Ob wohlthuender Wellness-, knisternder Romantik-, interessanter Städte- oder spontaner Wochenendurlaub bleibt dabei ganz allein Ihre persönliche Entscheidung.

Kurzurlaub Wellness Romantik Thermen Wandern Familien Luxus Skiurlaub Städte

© goodluz - Fotolia.com

Rabattgutschein von **www.kurzurlaub.at**
für Urlaub in Österreich – gültig für die

Mitglieder der **GPA-djp**



Ihr Gutscheincode
gpadjp10euro

Rabattgutscheine sind gültig bei Buchung einer Kurzreise auf **Kurzurlaub.at**.

Gutscheine können nicht direkt im Hotel eingelöst werden. Je Buchung kann nur ein Gutscheincode eingelöst werden. Eine Barablöse ist nicht möglich.

Gewinnen Sie einen Kurzurlaub für zwei Personen.



Falkensteiner Hotel Schladming 4****S

2 Übernachtungen im Doppelzimmer
inkl. Frühstück, Abendessen und
Nutzung der hoteleigenen Wellnessanlage.

Senden Sie eine Postkarte an:
Redaktion KOMPETENZ,
1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1 oder
online unter www.gpa-djp.at/gewinnspiele.
Einsendeschluss ist 16.2.2014.
Keine Barablösung.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.